

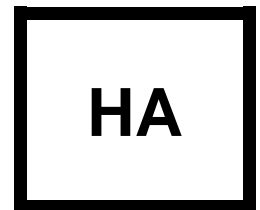
Niederschrift

**über die Sitzung des
Sitzungskennziffer:
Tag der Sitzung:** **Hauptausschusses
XVI / 20
Dienstag, 15.03.2011**

Sitzung Rathaus, Ratssaal

Dauer der Sitzung: 16:30 Uhr bis 17.05 Uhr
Unterbrechungen: keine
Anwesende: sh. beiliegende Anwesenheitsliste Anlage 1)

Vorsitz: Bürgermeister Ferdi Gatzweiler
Schriftführerin: Edith Janus-Braun



Tagesordnung:

a) Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister Gatzweiler, eröffnet die Sitzung des Hauptausschusses. Er begrüßt die Mitglieder des Ausschusses und die Vertreter der Verwaltung.

Sodann stellt er die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

b) Feststellung der form- und fristgerechten Ladung sowie Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 27 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Stolberg (Rhld.)

Er stellt weiter fest, dass die Einladung zu dieser Sitzung form- und fristgerecht erfolgte und die Öffentlichkeit in geeigneter Weise gem. § 27 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Stolberg (Rhld.) über Zeit und Ort der Sitzung sowie die Tagesordnung unterrichtet wurde.

c) Beschlussfassung über die Tagesordnung:

Bürgermeister Gatzweiler bittet, die Tagesordnung im A) öffentlichen Sitzungsteil um die mit der 1. geänderten Einladung nachgereichten Vorlage

21. Bereitstellung von Finanzierungsmitteln für Bodenuntersuchungen

zu erweitern. Hiergegen wurden keine Einwände erhoben, so dass die Tagesordnung einstimmig wie folgt abgewickelt wurde:

A) Öffentliche Sitzung:

1. Beratung über die Weiterbehandlung von Anträgen:
 - a) Antrag der FDP-Fraktion vom 31.01.2011;
hier: Mehrsprachiges Internetangebot
 - b) Antrag der FDP-Fraktion vom 31.01.2011;
hier: Einrichtung einer "Bürger-Redestunde"
 - c) Antrag der SPD-Fraktion vom 14.02.2011;
hier: Thematisierung Hochwasserschutz Schnorrenfeld beim WVER
 - d) Antrag der SPD-Fraktion vom 14.02.2011;
hier: Überprüfung alternativer Parkmöglichkeiten Kastanienweg 56 und Frankenstraße
2. Umbesetzung in Ausschüssen:
 - a) Antrag der Kath. Kirchengemeinde St. Lucia vom 04.02.2011;
hier: Umbesetzung im Schulausschuss
3. Kinderbildungsgesetz - KiBiz-Anmeldungen für das Kita-Jahr 2011 / 2012;
hier: Gruppenformen und Betreuungsformen -
Meldungen an das Landesjugendamt zum 15.03.2011
4. Verwaltungsbericht für das Forstwirtschaftsjahr 2010
5. Bebauungsplan Nr. 149 "Kistenplatz" sowie 80. Änderung des Flächennutzungsplanes;
hier: Vorstellung der geänderten Planung
Beschluss über die erneute öffentliche Auslegung gem. § 3 (2) BauGB
6. Bebauungsplan Nr. 159 "Ardennenstraße / Lerchenweg";
hier: Vorstellung der Planung
Beschluss über die öffentliche Auslegung gem. § 3 (2) BauGB
7. Gebäudereinigung;
hier: Ermittlung der realen Reinigungsflächen /
Erstellung Raumbücher in Verbindung mit der Durchführung einer europaweiten Ausschreibung
Bereitstellung der erforderlichen Finanzmittel
8. Fremdreinigung 2010;
hier: Bereitstellung noch benötigter Finanzmittel
9. Bereitstellung von Ausgabemitteln bei PSP 1.42.01.01 "Förderung des Sports"
SKT 5241000 "Bew. Grundstücke/baul. Anlagen"
10. Zaunanlage/Absturzsicherung Josef-von-Görres-Straße;
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 17.01.2010
11. Finanzierung von Bohr- und Sicherungsmaßnahmen

12. Entwicklung Sportzentrum Breinig
13. Überörtliche Prüfung der Stadt Stolberg (Rhld.) von Oktober 2009 bis Januar 2010 durch die GPA;
hier: Sachstandsbericht über die Umsetzung
14. Mittelbereitstellung für das Haushaltsjahr 2010
hier: Personalhauptkosten
15. Stellungnahme zur Eröffnungsbilanz
16. Defizitreduzierung durch Maßnahmen, insbesondere im freiwilligen Bereich
17. Ermächtigungsübertragungen 2010/2011 für den konsumtiven Haushalt
18. Ermächtigungsübertragungen 2010/2011 für Investitionen
19. Teil- und unrentierliche Investitionsmaßnahmen 2011
20. Haushaltssicherungskonzept 2010 - 2014
hier: Sachstandsbericht
21. Bereitstellung von Finanzierungsmitteln für Bodenuntersuchungen
22. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates;
Mitteilungen

B) Nichtöffentliche Sitzung:

1. Versetzung eines Beamten in den Ruhestand
 2. Rechtsstreit Stadt Stolberg ./.. Fliesen-Köhn GmbH
 3. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates;
Mitteilungen
-

A) Öffentliche Sitzung:

1. Beratung über die Weiterbehandlung von Anträgen:
 - a) Antrag der FDP-Fraktion vom 31.01.2011;
hier: Mehrsprachiges Internetangebot

Beschluss:

Der Hauptausschuss verweist den Antrag der FDP-Fraktion vom 31.01.2011 einstimmig zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung.

- b) Antrag der FDP-Fraktion vom 31.01.2011;
hier: Einrichtung einer "Bürger-Redestunde"

Beschluss:

Der Hauptausschuss verweist den Antrag der FDP-Fraktion vom 31.01.2011 einmütig zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung.

- c) Antrag der SPD-Fraktion vom 14.02.2011;
hier: Thematisierung Hochwasserschutz Schnorrenfeld beim WVER

Beschluss:

Der Hauptausschuss verweist den Antrag der SPD-Fraktion vom 14.02.2011 einmütig zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung.

- d) Antrag der SPD-Fraktion vom 14.02.2011;
hier: Überprüfung alternativer Parkmöglichkeiten Kastanienweg 56 und Frankenstraße

Beschluss:

Der Hauptausschuss verweist den Antrag der SPD-Fraktion vom 14.02.2011 einmütig zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung.

2. Umbesetzung in Ausschüssen:

- a) Antrag der Kath. Kirchengemeinde St. Lucia vom 04.02.2011;
hier: Umbesetzung im Schulausschuss

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat einstimmig, für die Kath. Kirchengemeinde St. Lucia, Stolberg anstelle von Frau Marlis Conen nunmehr Frau Brigitte Knauff-Kirch, Ritzefeldstr. 16, 52222 Stolberg als beratendes Mitglied in den Schulausschuss zu bestellen.

- 3. Kinderbildungsgesetz - KiBiz-Anmeldungen für das Kita-Jahr 2011 / 2012;**
hier: Gruppenformen und Betreuungsformen -
Meldungen an das Landesjugendamt zum 15.03.2011

Beschluss:

Auf einstimmige Empfehlung des Jugendhilfeausschusses empfiehlt der Hauptausschuss dem Rat ebenfalls einstimmig, die nachfolgenden Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses zur Kenntnis zu nehmen:

- 1. Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Sachdarstellung der Verwaltung zum Anmeldeverfahren für das Kita-Jahr 2011/2012 und den daraus ermittelten Bedarf an Gruppenformen und Betreuungszeiten zur Kenntnis.**
- 2. Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung, dem Landesjugendamt auf der Grundlage der Anmeldungen der Eltern und der kommunalen Jugendhilfeplanung die Gruppenformen und Betreuungszeiten in den Stolberger Kindertagesstätten zum 15.03.2011 für das Kindergartenjahr 2011/2012 zu melden.**

3. Der Jugendhilfeausschuss verweist die Vorlage wegen der grundsätzlichen Bedeutung des kommunalen Kinderbetreuungsplanes und den daraus folgenden Auswirkungen für den kommunalen Haushalt an Hauptausschuss und Rat zur Kenntnisnahme.

4. Verwaltungsbericht für das Forstwirtschaftsjahr 2010

Beschluss:

Auf einstimmige Empfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt empfiehlt der Hauptausschuss dem Rat ebenfalls einstimmig, den Sachverhalt der Vorlage zur Kenntnis zu nehmen.

5. Bebauungsplan Nr. 149 "Kistenplatz" sowie 80. Änderung des Flächennutzungsplanes:

hier: Vorstellung der geänderten Planung

Beschluss über die erneute öffentliche Auslegung gem. § 3 (2) BauGB

Beschluss:

1. **Auf einstimmige Empfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt empfiehlt der Hauptausschuss dem Rat ebenfalls einstimmig, den geänderten Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 149 „Kistenplatz“ sowie der 80. Änderung des Flächennutzungsplanes zur Kenntnis zu nehmen und den am 16.09.2008 gefassten Satzungsbeschluss, bzw. den Beschluss zur Änderung des Flächennutzungsplanes zurückzunehmen.**
2. **Sofern den geänderten Vorentwürfen der Planung gefolgt wird, empfiehlt der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt dem Hauptausschuss/Rat / der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat einstimmig, die Verwaltung mit der erneuten Durchführung der öffentlichen Auslegungen gem. § 3 (2) BauGB zu beauftragen.**

6. Bebauungsplan Nr. 159 "Ardennenstraße / Lerchenweg":

hier: Vorstellung der Planung

Beschluss über die öffentliche Auslegung gem. § 3 (2) BauGB

Bürgermeister Gatzweiler regt die Verweisung des Tagesordnungspunktes ohne Beschlussempfehlung an den Rat an. Diesem Vorschlag schließt sich der Hauptausschuss einmütig an, so dass BM Gatzweiler hierüber abstimmen lässt:

Beschluss:

Der Hauptausschuss verweist die Beratung und Beschlussfassung zu diesem TOP einstimmig ohne Beschlussempfehlung an den Rat.

7. Gebäudereinigung:
hier: Ermittlung der realen Reinigungsflächen /
Erstellung Raumbücher in Verbindung mit der Durchführung einer
europaweiten Ausschreibung
Bereitstellung der erforderlichen Finanzmittel

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Grüttemeier zeigt sich weder mit dem Beschlussvorschlag noch mit der im Sachverhalt dargestellten Verfahrensweise einverstanden. Die externe Vergabe mit fehlenden personellen Ressourcen im Vermessungsamt zu begründen, stelle seine Fraktion nicht zufrieden. Vielmehr zwingt die dramatische Haushaltslage den Rat, eine interne Lösung - sprich, Ermittlung der Daten durch Mitarbeiter des Vermessungsamtes - zu suchen. Eine Fremdvergabe lehne seine Fraktion daher ab.

Für die SPD-Fraktion bittet deren Vorsitzender Wolf die Verwaltung um Erläuterung.

Bürgermeister Gatzweiler geht auf die massive 70%ige Personalreduzierung im Bereich des Vermessungsamtes ein. Aufgrund des drastischen Personalabbaus erklärt er zu Protokoll, dass die Ermittlung der Reinigungsflächen durch städtische Mitarbeiter nicht zu bewerkstelligen sei. Ohne externe Vergabe sei die von der GPA empfohlene Neuausschreibung der Reinigungsarbeiten mit anschließender Vergabe nicht realisierbar. Vielmehr müsse dann am Ist-Zustand festgehalten werden.

Den CDU-Fraktionsvorsitzenden stellen die Ausführungen des BM nicht zufrieden, so dass er an der ablehnenden Haltung festhalte.

Alsdann steigt BM Gatzweiler in die Beschlussfassung ein:

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat mit 10 Ja-Stimmen (BM, SPD, FDP, B'90/Grüne, LINKE) und 5 Nein-Stimmen (CDU), dass die notwendigen Finanzmittel in Höhe von 50.000.- € zur Durchführung der notwendigen Aufmaßarbeiten / Erstellung Raumbücher in Verbindung mit der Durchführung einer europaweiten Ausschreibung zur Verfügung gestellt werden.

8. Fremdreinigung 2010:
hier: Bereitstellung noch benötigter Finanzmittel

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat einstimmig, die noch benötigten Finanzmittel in Höhe von 11.100,- € zum Ausgleich vorliegender Rechnungen des Dienstleisters Gebäudereinigung für das Haushaltsjahr 2010 bereitzustellen.

9. Bereitstellung von Ausgabemitteln bei PSP 1.42.01.01 "Förderung des Sports"
SKT 5241000 "Bew. Grundstücke / bauliche Anlagen"

BM Gatzweiler informiert die Ausschussmitglieder, dass die Mittelbereitstellung selbstverständlich vorbehaltlich einer entsprechenden Beschlussfassung im Fachausschuss erfolge.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat einstimmig die Bereitstellung von Ausgabemitteln bei PSP 1.42.01.01 "Förderung des Sports" SKT 5241000 "Bew.

Grundstücke / bauliche Anlagen” in Höhe von 29.700,- € für 2010 und in Höhe von 35.400,- € für 2011, insgesamt 65.100,- €.

10. Zaunanlage/Absturzsicherung Josef-von-Görres-Straße;
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 17.01.2010

Für die SPD-Fraktion erläutert Ratsfrau Zakowski, dass es in dem Straßenstück des Öfteren zu sehr gefährlichen Situationen gekommen sei, da Fußgänger einfach nicht die andere Straßenseite nutzen würden. Vor diesem Hintergrund rege sie an, die Angelegenheit zu vertagen und zunächst die Verkehrssicherheit in Zusammenarbeit mit der Polizei zu überprüfen. Danach könne entschieden werden, wie man mit der Situation umgehe. Abschließend bittet sie darum, die alte Zaunanlage zügig zu entfernen.

Beschluss:

Der Hauptausschuss vertagt die Beratung und Beschlussfassung zu diesem TOP und beauftragt die Verwaltung einstimmig, in Zusammenarbeit mit der Polizei die derzeitige Situation der Absturzsicherung an der Josef-von-Görres-Straße auf Verkehrssicherheit hin zu überprüfen. Über das Ergebnis ist der zuständige Fachausschuss zu informieren.

11. Finanzierung von Bohr- und Sicherungsmaßnahmen

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat einstimmig: Der Kämmerer wird ermächtigt, 44.500,- € bei 1.11.15.01 (Grundstücks- und Immobilienmanagement) Aufwandskonto 5431030 für die Erkundung und ggfls. Sicherung bergbaulicher Hinterlassenschaften im Bereich des Grundstückes Gem. Stolberg, Flur 40, Nr. 303 bereitzustellen.

12. Entwicklung Sportzentrum Breinig

Für die FDP-Fraktion beantragt deren Vorsitzender Engelhardt die Verweisung des TOPs ohne Beschlussempfehlung an den Rat. Diesem Vorschlag schließt sich der Ausschuss einmütig an.

Beschluss:

Der Hauptausschuss verweist den TOP einmütig ohne Beschlussempfehlung an den Rat.

Ab TOP A) 13. nimmt RM Hahn (CDU) am Sitzungsverlauf teil.

13. Überörtliche Prüfung der Stadt Stolberg (Rhld.) von Oktober 2009 bis Januar 2010 durch die GPA;
hier: Sachstandsbericht über die Umsetzung

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat einstimmig, den Sachstandsbericht der Verwaltung bezogen auf die Umsetzung des Prüfberichtes der GPA über die Prüfung der Stadt Stolberg (Rhld.) in der Zeit von Oktober 2009 bis Januar 2010

zur Kenntnis zu nehmen.

14. Mittelbereitstellung für das Haushaltsjahr 2010
hier: Personalhauptkosten

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Grüttemeier möchte wissen, wieso die Mittelbereitstellung erst jetzt an den Rat herangetragen werde.

Hierbei gehe es ihm nicht darum, dass eine Position versehentlich nicht zum Haushalt angemeldet wurde, sondern vielmehr um die Tatsache, dass für "Ärztliche Untersuchungen" bereits in 2010 Zahlungen angefallen und dementsprechend der Rat bereits in 2010 unterrichtet werden musste.

Des Weiteren bittet er um Erläuterung, nach welchem Schema die Zuordnung von Beihilfeanträgen im NKF zum Haushaltsjahr vorgenommen werde.

BM Gatzweiler sichert die Beantwortung zu.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat einstimmig die Bereitstellung zusätzlicher Ausgabemittel für das Haushaltsjahr 2010 im Deckungskreis 50 - Personalhauptkosten - in Höhe von 53.159,51 €, aufgeteilt auf

1) 23.909,35 €, Sachkonto 5041000, Kostenstelle 1100 -Beihilfen Beamte -

und

2) 29.250,16 €, Sachkonto 5041000, Produkt 1.11.11.01 -Ärztliche Untersuchungen-.

15. Stellungnahme zur Eröffnungsbilanz

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Grüttemeier beantragt die Verweisung des TOPs ohne Beschlussempfehlung an den Rat. Diesem Vorschlag schließt sich der Ausschuss einmütig an, so dass BM Gatzweiler hierüber abstimmen lässt:

Beschluss:

Der Hauptausschuss verweist den TOP einstimmig ohne Beschlussempfehlung an den Rat.

16. Defizitreduzierung durch Maßnahmen, insbesondere im freiwilligen Bereich

Bürgermeister Gatzweiler empfiehlt dem Hauptausschuss die Verweisung des TOPs ohne Beschlussempfehlung an den Rat. Diesem Vorschlag schließt sich der Ausschuss einmütig an, so dass er hierüber abstimmen lässt:

Beschluss:

Der Hauptausschuss verweist den TOP einstimmig ohne Beschlussempfehlung an den Rat.

17. Ermächtigungsübertragungen 2010/2011 für den konsumtiven Haushalt

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat einstimmig, die Ermächtigungsübertragungen 2010 / 2011 für den konsumtiven Haushalt zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

18. Ermächtigungsübertragungen 2010/2011 für Investitionen

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat einstimmig, die Ermächtigungsübertragungen 2010/2011 für Investitionen gem. den der Niederschrift als Anlage 2) beigefügten Listen zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

19. Teil- und unrentierliche Investitionsmaßnahmen 2011

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat einstimmig die Durchführung der in der Vorlage im Einzelnen aufgeführten, konkret anstehenden Investitionen 2011.

20. Haushaltssicherungskonzept 2010 - 2014
hier: Sachstandsbericht

Beschluss:

**Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat einstimmig:
Der in der beigefügten Aufstellung pro Maßnahme dargelegte Bearbeitungsstand wird zur Kenntnis genommen.**

Nachrichtlich:

Die Auflistung ist der Niederschrift als Anlage 3) beigefügt.

21. Bereitstellung von Finanzierungsmitteln für Bodenuntersuchungen

Beschluss:

**Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat einstimmig:
Der Kämmerer wird ermächtigt, 17.000,- € bei Produkt 1.11.15.01 - Grundstücks- und Immobilienmanagement, Aufwandskonto 5431030 für Bodenuntersuchungen im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 68 "Brockenberg" bereitzustellen.**

22. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates:
Mitteilungen

22.1 Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor.

22.2 Es wurden keine Anfragen aus aktuellem Anlass gestellt.

B) Nichtöffentliche Sitzung:

.....

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Herr Bürgermeister Gatzweiler die Sitzung um 17.05 Uhr.

Ferdi Gatzweiler
Bürgermeister

Edith Janus-Braun
Schriftführerin

Der Niederschrift sind folgende Anlagen beigefügt:

- Anlage 1) Anwesenheitsliste
- Anlage 2) Listen zu TOP A) 18.
- Anlage 3) Auflistung zu TOP A) 20.

Anlage 1

zur Niederschrift über die Sitzung des **Hauptausschusses** der Stadt Stolberg (Rhld.)

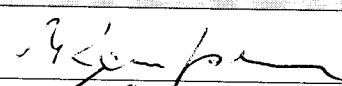
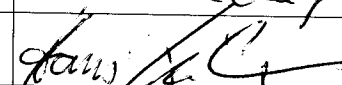

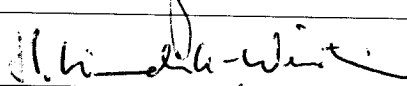
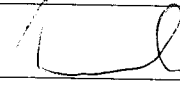




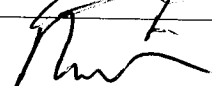
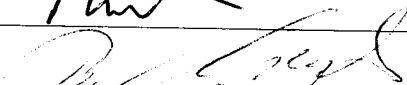
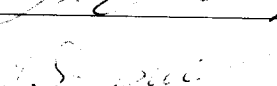


Sitzungskennziffer XVII 20

Tag der Sitzung: Dienstag, 15.03.2011

Ort der Sitzung: Rathaus, Ratssaal

Dauer der Sitzung von 16.30h bis 17.05h

Unterbrechung der Sitzung von — bis —

Lfd. Nr.	Name	Unterschrift
SPD		
	Kaußen, Paul-Heinz	
	Kleinlein, Hans	
1. stv. Vorsitzende	Nießen, Hildegard	
	Simmelink-Weinstein, Hartmut	
	Wolf, Dieter	
	Zakowski, Hanne	
CDU		
	Emonds, Jochen	
	Grüttemeier, Tim	
ab 16.55h	Kirch, Paul Matthias L. Heurich	
	Pietz, Siegfried	
B Creyels	Siebertz, Hans-Josef Creyels, Bernd	
2. stv. Vorsitzende	Wahlon, Karina Böckel, Ingrid	
FDP		
	Conrads, Axel Conrads, Axel	
B'90/Grüne		
	Küpper, Uschi	

Die LINKE		
	Pruseit, Mathias JLK, Auita	11 7205
	Nur beratend!	
	Emonds, Hans	H. Emonds
	Kunkel, Willibert	W. Kunkel
Bürgermeister		
	Gatzweiler, Ferdi	F. Gatzweiler

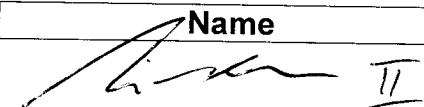
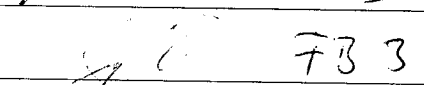
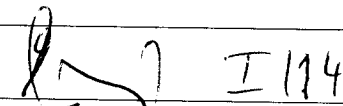
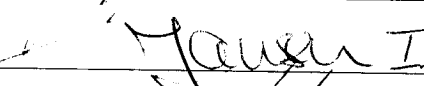
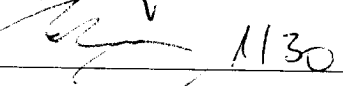
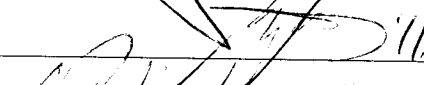
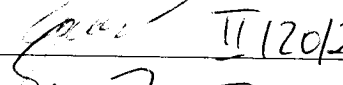
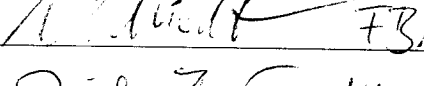
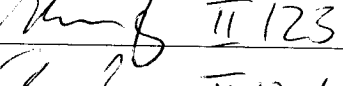

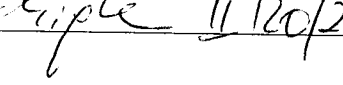
Es fehlen entschuldigt oder unentschuldigt:

Lfd. Nr.	Name	Lfd. Nr.	Name
1		4	
2		5	
3		6	

Sonstige Teilnehmer:

Lfd. Nr.	Name	Lfd. Nr.	Name
1		3	
2		4	

Teilnehmer der Verwaltung:

Lfd. Nr.	Name	Lfd. Nr.	Name
1	 II	7	
2	 FB 3	8	 I 114
3	 MAUER I	9	 1130
4	 1110	10	 II 120/21
5	 FB 1	11	 II 123
6	 4110	12	 Schipke II 120/21

Maßnahme	PSP-Element	Bezeichnung	Amt	Prod. gr.	freigeig. EÜ 2009/2010	weitere Übertragung alter EÜ	HH-Ansatz 2010	Freigabe HH-Ansatz 2010	üpl / apl 2010	EÜ auf lfd.	EÜ insg.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
5.000046	5.000046.510.810	TBA BGA	A 68	1108	0,00	0,00	5.000,00	3.981,00	0,00	1.500,00	1.500,00
5.680002	5.680002.500.430	Festwert Straßenschilder	A 68	1108	0,00	0,00	25.000,00	6.243,00	0,00	3.700,00	3.700,00
5.000002	5.000002.510.130	Personalcomputer (DV-Software)	A 10	1110	8.740,00	0,00		60.676,00	0,00	36.100,00	36.100,00
5.000002	5.000002.510.810	Personalcomputer (BGA)	A 10	1110	51.260,00	0,00	150.000,00	47.377,00	0,00	16.900,00	16.900,00
5.000003	5.000003.510.130	Neues EDV-Verfahren - NKf -	A 10	1113	38.200,00	8.900,00	60.000,00	59.492,00	0,00	59.400,00	68.300,00
5.230017	5.230017.500.411	Erwerb Straßenland	A 23	1115	4.000,00	0,00	11.000,00	6.400,00	0,00	3.000,00	3.000,00
5.230017	5.230017.500.550	Sonstige Grundstücksaufbereitung	A 23	1115	0,00	0,00	30.000,00	9.800,00	0,00	2.700,00	2.700,00
5.000004	5.000004.510.750	Bewegl. Anlageverm. - Fahrzeuge - Feuersch	A 30/32	1206	215.700,00	114.584,00	14.500,00	14.500,00	3.400,00	17.900,00	132.484,00
5.320005	5.320005.500.450	Funkmeldeempfänger	A 30/32	1206	0,00	0,00	100.000,00	100.000,00	0,00	100.000,00	100.000,00
5.650000	5.650000.500.200	Feuerwehrgerätehaus (Planung)	A 65	1206	1.700,00	1.700,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.700,00
5.000008	5.000008.510.810	Bewegl. Anlagevermögen Grundschulen	A 40	2101	4.500,00	0,00	35.800,00	35.800,00	0,00	22.756,00	22.756,00
5.650003	5.650003.500.300	Energiesparmaßnahmen GS Breinig	A 65	2101	96.700,00	0,00	453.300,00	453.300,00	156.800,00	393.979,00	393.979,00
5.650018	5.650018.500.300	OGS Zweifall Baukosten	A 65	2101	0,00	0,00	42.900,00	42.900,00	0,00	15.313,00	15.313,00
5.650019	5.650019.500.300	Energiesparmaßnahmen GS Altsch	A 65	2101	4.900,00	4.900,00	0,00	0,00	0,00	0,00	4.900,00
5.650039	5.650039.500.300	OGS Bischofsstraße Baukosten	A 65	2101	0,00	0,00	1.300,00	1.300,00	0,00	1.300,00	1.300,00
5.650040	5.650040.500.300	OGS Donnerberg Baukosten	A 65	2101	3.400,00	3.400,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3.400,00
5.650073	5.650073.500.300	Beleuchtung Schulhof GS Prämienstraße	A 65	2101	0,00	0,00	0,00	0,00	2.500,00	2.500,00	2.500,00
5.660075	5.660075.500.300	Barrierefreier Zugang GS Zweifall	A 65	2101	0,00	0,00	0,00	0,00	22.000,00	22.000,00	22.000,00
5.660091	5.660091.500.100	Schulhof OGS Hermannstraße	A 66	2101	0,00	0,00	18.000,00	10.000,00	0,00	5.790,00	5.790,00
5.000009	5.000009.510.810	Bewegl. Anlagevermögen HS Kogelhäuser	A 40	2102	14.800,00	0,00	5.500,00	5.500,00	0,00	518,00	518,00
5.000011	5.000011.510.810	Erweiterung HS Kogelhäuserstraße Einr.	A 40	2102	107.000,00	107.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	107.000,00
5.000092	5.000092.510.810	Fachräume HS Kogelhäuserstraße Bau	A 40	2102	110.000,00	0,00	160.000,00	160.000,00	0,00	31.500,00	31.500,00
5.650004	5.650004.500.300	Erweiterung HS Kogelhäuserstraße Bau	A 40	2102	1.890.000,00	1.022.029,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.022.029,00
5.000012	5.000012.510.810	Bewegl. Anlagevermögen Realschule I	A 40	2103	2.300,00	0,00	5.300,00	5.010,00	0,00	4.200,00	4.200,00
5.000013	5.000013.510.810	Bewegl. Anlagevermögen Realschule Mausb.	A 40	2103	0,00	0,00	3.700,00	3.700,00	0,00	2.728,00	2.728,00
5.000058	5.000058.510.810	Erweiterung RS I Einrichtung	A 40	2103	100.000,00	0,00	185.000,00	185.000,00	0,00	139.100,00	139.100,00
5.650005	5.650005.500.300	Erweiterung RS I (Bauwerk)	A 40	2103	1.154.000,00	84.090,00	276.000,00	276.000,00	0,00	276.000,00	360.090,00
5.650046	5.650046.500.300	Mensa RS Mausbach Baukosten	A 65	2103	0,00	0,00	10.000,00	10.000,00	5.500,00	7.100,00	7.100,00
5.000014	5.000014.510.810	Bewegl. Anlagevermögen Goethe-Gymnasium	A 40	2104	0,00	0,00	10.800,00	10.800,00	0,00	7.720,00	7.720,00
5.650006	5.650006.500.300	Mensa Ritzefeld-Gymnasium - Baukosten	A 65	2104	255.000,00	96.065,00	107.000,00	107.000,00	9.000,00	116.000,00	212.065,00
5.650006	5.650006.510.810	Mensa Ritzefeld-Gymnasium - Einrichtung	A 40	2104	0,00	0,00	59.000,00	59.000,00	0,00	59.000,00	59.000,00
5.650007	5.650007.500.300	Mensa Goethe-Gymnasium Baukosten	A 65	2104	0,00	0,00	1.100.000,00	1.100.000,00	0,00	748.300,00	748.300,00
5.650045	5.650045.500.300	Erweiterung Ritzefeld-Gymnasium	A 65	2104	29.500,00	21.700,00	0,00	0,00	0,00	0,00	21.700,00
5.650050	5.650050.500.300	OGS Talstraße Baukosten	A 65	2105	0,00	0,00	300,00	300,00	0,00	300,00	300,00
5.650074	5.650074.500.300	Werkraum Schule Talstraße	A 65	2105	0,00	0,00	0,00	0,00	15.000,00	15.000,00	15.000,00
5.000007	5.000007.510.810	Sondervermögen Schulen	A 40	2108	0,00	0,00	24.300,00	24.300,00	0,00	5.030,13	5.030,13
5.400015	5.400015.510.810	Mülltrennbehälter Schulen	A 40	2108	0,00	0,00	4.000,00	2.000,00	0,00	2.000,00	2.000,00
5.500001	5.500001.510.810	Bewegl. Anlageverm. Einr. f. Wohnungslos	A 50/64	3105	0,00	0,00	0,00	0,00	1.700,00	740,00	740,00
5.000024	5.000024.510.810	Projekt Soziale Stadt Velau	A 51	3603	0,00	0,00	710.700,00	710.700,00	0,00	582.100,00	582.100,00
5.000025	5.000025.510.810	Bewegl. Anlagevermögen städt. Kitas	A 51	3605	0,00	0,00	55.000,00	21.168,00	0,00	10.828,00	10.828,00
5.000026	5.000026.500.300	Ausbau Kitas für U3	A 65	3605	0,00	0,00	16.000,00	16.000,00	0,00	7.516,00	7.516,00
5.000072	5.000072.510.810	Einr. Kita Höhenstraße	A 51	3605	12.300,00	3.800,00	100,00	0,00	0,00	0,00	3.800,00
5.000073	5.000073.510.810	Erw. Kita Franziskusstr. Einrichtung	A 51	3605	7.200,00	0,00	13.100,00	13.100,00	0,00	2.900,00	2.900,00

Maßnahme	PSP-Element	Bezeichnung	Amt	Prod. gr.	freigeig. EÜ 2009/2010	weitere Übertragung alter EÜ	H. nsatz 2010	Freigabe HH-Ansatz 2010	üpl / apl 2010	EÜ auf lfd.	EÜ insg.
5.000074	5.000074.510.810	Außenbereich Kita Franziskusstr.	A 51	3605	70.200,00	48.247,00	0,00	0,00	0,00	0,00	48.247,00
5.510000	5.510000.510.810	Bewegliches Anlagevermögen U3-Plätze	A 51	3605	0,00	0,00	60.000,00	24.240,00	0,00	9.880,00	9.880,00
5.510001	5.510001.500.500	Außenbereich Kita Steinweg	A 51	3605	0,00	0,00	12.500,00	11.900,00	0,00	2.070,00	2.070,00
5.510003	5.510003.500.100	Planung Schaffung U3-Plätze allgemein	A 65	3605	0,00	0,00	100.000,00	100.000,00	0,00	100.000,00	100.000,00
5.650024	5.650024.500.300	Erw. Kita Franziskusstr. Baukosten	A 65	3605	65.000,00	53.057,00	0,00	0,00	0,00	0,00	53.057,00
5.650025	5.650025.500.300	Umbau Kita Höhenstrasse (Bauwerk)	A 65	3605	5.000,00	22.807,00	0,00	66.700,00	0,00	45.041,00	45.041,00
5.650026	5.650026.500.300	Umbau Kita Holderbusch Baukosten	A 65	3605	44.400,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	22.807,00
5.650027	5.650027.500.300	Umbau Kita Vicht	A 65	3605	6.600,00	3.775,00	100,00	0,00	0,00	0,00	3.775,00
5.000019	5.000019.510.810	Bewegl. Anlagevermögen Jugendtreffs	A 51	3606	0,00	0,00	3.000,00	3.000,00	0,00	3.000,00	3.000,00
5.000066	5.000066.510.810	Kinderspielplatz Am Wimblech	A 51	3606	0,00	0,00	2.000,00	2.000,00	0,00	2.000,00	2.000,00
5.000067	5.000067.510.810	Kinderspielplatz Ardennenstraße	A 51	3606	700,00	700,00	0,00	0,00	0,00	0,00	700,00
5.000069	5.000069.510.810	Spielplatz Busbach	A 51	3606	0,00	0,00	5.000,00	3.500,00	0,00	3.500,00	3.500,00
5.000081	5.000081.510.810	Kinderspielplatz Friedrich-Ebert-Straße	A 51	3606	0,00	0,00	200,00	200,00	0,00	200,00	200,00
5.400002	5.400002.510.212	Sportplatz Dörenberg	A 40	4204	0,00	0,00	250.000,00	250.000,00	7.000,00	1.800,00	1.800,00
5.000023	5.000023.500.300	Family-Point Glashütter Weiher	A 65	4205	11.800,00	11.800,00	0,00	0,00	0,00	0,00	11.800,00
5.650010	5.650010.500.300	Stadtteilentwicklungskonzept Innenstadt	A 61	5101	34.300,00	34.300,00	30.000,00	0,00	0,00	0,00	34.300,00
5.100007	5.100007.510.810	Bewegl. Anlagevermögen Wohnbauförderung	A 10	5202	0,00	0,00	0,00	0,00	4.000,00	1.265,00	1.265,00
5.650031	5.650031.500.300	Sanierung Burg	A 65	5203	45.100,00	19.267,00	100,00	0,00	0,00	0,00	19.267,00
5.000031	5.000031.510.130	Straßen- und Grünflächenkataster	A 66	5401	200.300,00	151.521,00	3.200,00	3.100,00	0,00	3.100,00	154.621,00
5.660000	5.660000.500.310	Stadthallenvorplatz	A 66	5401	11.700,00	10.669,00	78.300,00	1.031,00	0,00	1.031,00	11.700,00
5.660007	5.660007.500.720	Stützbauewerke	A 66	5401	0,00	0,00	58.000,00	58.000,00	1.700,00	17.000,00	17.000,00
5.660009	5.660009.500.310	Michaelstraße/ Erikaweg	A 66	5401	2.800,00	1.300,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.300,00
5.660010	5.660010.500.710	Brücken allgemein	A 66	5401	163.755,00	123.600,00	163.500,00	0,00	0,00	0,00	123.600,00
5.660016	5.660016.500.310	Erschließung Brockenberg (B 68)	A 66	5401	0,00	0,00	136.000,00	136.000,00	0,00	26.900,00	26.900,00
5.660018	5.660018.500.310	Erschließung Am Wimblech (B 114)	A 66	5401	36.200,00	24.900,00	13.800,00	4.900,00	0,00	0,00	24.900,00
5.660020	5.660020.500.930	Steinbachstraße Ing.-Verträge	A 66	5401	0,00	0,00	15.000,00	9.700,00	0,00	1.500,00	1.500,00
5.660021	5.660021.500.930	Friedrich-Ebert-Straße Ingenieurverträge	A 66	5401	14.800,00	9.446,00	38.000,00	0,00	0,00	0,00	9.446,00
5.660026	5.660026.500.310	Kranensterzstraße	A 66	5401	211.500,00	0,00	71.500,00	71.500,00	3.600,00	48.800,00	48.800,00
5.660028	5.660028.500.310	Am Hang	A 66	5401	700,00	700,00	80.000,00	80.000,00	109.300,00	189.300,00	190.000,00
5.660029	5.660029.500.310	Lindenstraße	A 66	5401	900,00	0,00	0,00	0,00	179.100,00	179.100,00	179.100,00
5.660029	5.660029.500.930	Lindenstraße Ingenieurverträge	A 66	5401	11.100,00	6.500,00	0,00	0,00	0,00	0,00	6.500,00
5.660030	5.660030.500.310	Bachstraße	A 66	5401	300,00	0,00	25.300,00	25.150,00	0,00	11.800,00	11.800,00
5.660032	5.660032.500.310	Frankentalstraße	A 66	5401	32.200,00	0,00	32.400,00	32.200,00	11.950,00	5.500,00	5.500,00
5.660034	5.660034.500.310	Am Lindchen	A 66	5401	22.000,00	19.943,00	220.000,00	220.000,00	100.000,00	320.000,00	339.943,00
5.660035	5.660035.500.310	Heidestraße	A 66	5401	150.000,00	0,00	0,00	0,00	49.100,00	1.670,00	1.670,00
5.660036	5.660036.500.310	Duffenstraße (B 147)	A 66	5401	140.600,00	23.500,00	0,00	0,00	0,00	0,00	23.500,00
5.660038	5.660038.500.310	B 117 (Werth)	A 66	5401	89.000,00	12.600,00	0,00	0,00	0,00	0,00	12.600,00
5.660042	5.660042.500.310	Rhein-Nassau-Weg	A 66	5401	91.600,00	0,00	11.400,00	11.400,00	1.100,00	10.200,00	10.200,00
5.660051	5.660051.500.410	Ergänzung Straßenbeleuchtung	A 66	5401	10.100,00	10.100,00	0,00	0,00	0,00	0,00	9.800,00
5.660070	5.660070.500.310	Erschließung Auf der Höhe (B 60)	A 66	5401	9.000,00	9.000,00	2.000,00	0,00	0,00	0,00	10.100,00
5.660075	5.660075.500.930	Weihenstraße Ingenieurverträge	A 66	5401	0,00	0,00	2.000,00	0,00	0,00	0,00	9.000,00
5.660096	5.660096.500.300	Teichstraße (B 148)	A 66	5401	0,00	0,00	110.000,00	110.000,00	0,00	110.000,00	110.000,00
5.660064	5.660064.500.310	Kreisverk. Eschweiler-/ Münsterbachstr.	A 66	5403	140.000,00	0,00	80.000,00	80.000,00	0,00	20.000,00	20.000,00
5.660052	5.660052.510.411	P+R-Platz Hauptbahnhof Grunderwerb	A 23	5406	0,00	0,00	0,00	776,49	47.223,51	48.000,00	48.000,00
5.660052	5.660052.500.310	P+R-Platz Hauptbahnhof	A 66	5406	293.200,00	0,00	206.800,00	206.023,51	0,00	144.900,00	144.900,00
5.660006	5.660006.500.310	Regionalbahn Eisenbahnkreuzungsmaßnahmen	A 66	5407	0,00	0,00	2.500,00	2.500,00	0,00	2.500,00	2.500,00

Maßnahme	PSP-Element	Bezeichnung	Amt	Prod. gr.	freigeg. EÜ 2009/2010	weitere Übertragung alter EÜ	Ansatz 2010	Freigabe HH-Ansatz 2010	üpl / apl 2010	EÜ auf lfd.	EÜ insg.
5.660100	5.660100.500.550	Hangsicherung Am Hasselbach	A 66	5502	0,00	0,00	0,00	0,00	35.000,00	35.000,00	35.000,00
5.661002	5.661002.500.100	Ufermauern allgemein	A 66	5502	800.000,00	666.900,00	470.000,00	470.000,00	800,00	470.800,00	1.137.700,00
5.650015	5.650015.500.410	Kläranlage Forsthaus Roggenläger	A 65	5505	2.700,00	2.176,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2.176,00
5.660099	5.660099.500.450	Löschwasserversorgung Steinbachshochwald	A 66	5505	0,00	0,00	60.000,00	60.000,00	0,00	60.000,00	60.000,00
5.800000	5.800000.510.241	Projekt Camp Astrid Grund und Boden	A 80	5701	0,00	0,00	1.642.000,00	1.471.559,95	0,00	10.000,00	10.000,00
5.650047	5.650047.500.300	Baul. Ergänzung Bürgerhaus Münsterbusch	A 65	5703	25.600,00	0,00	11.800,00	11.800,00	0,00	8.100,00	8.100,00
					6.854.355,00	2.734.976,00	7.803.700,00	7.120.327,95	765.773,51	4.627.175,13	7.362.151,13

K:\VA20EXCEL\HH\2010\Abschluss_2010\Ermaechigungsbeträgen\Ermaechigungsbeträgen 2010 2011 unrentierl Vorlage Rat 15_03_2011.xls\sheet EÜ

Anlage 2

Ermächtigungsübertragungen 2010/2011 für rentierl. Investitionen

5.000042	EDV-System Tiefbauamt	10	5308	2.000,00	0,00	2.000,00
5.000043	Kanaldatenbank	10	5308	3.000,00	0,00	3.000,00
5.230014	Grunderwerb RRB Sicherg. Leitungstrassen	23	5308	100.000,00	560,00	99.440,00
5.660055	Friedhofsmauern	66	5503	67.800,00	42.997,41	2.000,00
5.660092	Hochwasserschutz Schneidmühle	66	5308	100.000,00	0,00	100.000,00
5.661005	Kanalnetzerw. Stillegg. Kleinkläranlagen	66	5308	50.000,00	0,00	50.000,00
5.661006	Stadtentwässerung	66	5308	4.310.000,00	1.590.795,03	2.700.000,00
5.661007	RÜB/ RRB	66	5308	1.465.000,00	784.331,17	360.000,00
5.661009	Erschließung B-Plan-Gebiete (Kanal)	66	5308	1.471.200,00	1.121.415,40	349.000,00
5.680004	Bewegl. Anlagevermögen Friedhöfe	68	5503	150.000,00	147.525,31	2.400,00
5.680005	Bewegl. Anlagevermögen Straßenreinigung	68	5405	HH-Ans 40.000,00 üpl 69.200,00	43.705,34	60.000,00
				7.828.200,00	3.731.329,66	3.727.840,00

fd Nr.	Fachamt	HSK-Seite (Intranet)	Beschluss/ Hinweis Rat 18.05.10	Arbeitsaufträge	Termine	Erläuterung tatsächlicher Sachstand Feb 2011
1	I-11	10-12	<p>1) Der Rat beauftragt die Verwaltung das oben beschriebene aufgabenkritische Personalkonzept bis zum - ohne Datum, siehe einleitende Ausführungen des Bürgermeisters - vorzulegen. Die jährliche Einsparung soll mindestens 182.000,- € betragen.</p> <p>2) Freiwerdende Stellen werden gemäß Leitfaden des Landesinnenministeriums zur Aufstellung von HSK für mindestens 12 Monate nicht wiederbesetzt. Als freiwerdende Stellen gelten auch solche, die durch Beurlaubung, Zeitrenten oder Teilzeitbeschäftigung entstehen.</p> <p>3) Diese Regelung gilt nicht für die Planstellen im Bereich der Pflichtaufgaben, sofern diese in ihrem Kernbestand durch eine Wiederbesetzungssperre gefährdet würden und eine interne Umsetzung nicht möglich ist.</p>	<p><i>Ich bitte das Personalkonzept unter Beachtung der jährlichen Einsparungen dem Rat vorzulegen. Ebenfalls bitte ich die evtl. Notwendigkeit von zukünftig wieder zu besetzenden Stellen dem Rat zeitnah darzulegen u. einen entsprechenden Beschluss herbeizuführen</i></p>	<p>30.09.2010 unterjährig bei Bedarf</p>	<p>zu 1. Der Rat hat Haushaltsmittel für eine Beauftragung der GPA für eine Untersuchung hinsichtlich noch vorhandener Personaleinsparpotenziale zur Verfügung gestellt.</p> <p>zu 2. Beschluss wird beachtet</p> <p>zu 3. Beschluss wird beachtet</p>
2	I-11	10-12	<p>1) Die Neueinstellung von Arbeitnehmern erfolgt nur noch im Ausnahmefall zur Sicherstellung kommunaler Aufgaben, soweit keine internen Umsetzungen möglich sind.</p> <p>3) Es erfolgt grundsätzlich keine Einstellung im Beamtenverhältnis (Ausnahme: Feuerwehr).</p>	<p><i>Die Notwendigkeit der Neueinstellung bitte ich dem Rat im jeweiligen Einzelfall darzulegen u. einen entsprechenden Beschluss herbeizuführen</i></p>	<p>unterjährig bei Bedarf</p>	<p>zu 1. Notwendige Neueinstellungen werden sowohl dem Rat als auch der Kommunalaufsicht zur Genehmigung vorgelegt.</p> <p>zu 3. Beschluss wird beachtet</p>

fd Nr.	Fachamt	HSK-Seite (Intranet)	Beschluss/ Hinweis Rat 18.05.10	Arbeitsaufträge	Termine	Erläuterung tatsächlicher Sachstand Feb 2011
3	I-11	14	<p>Die Verwaltung wird beauftragt, eine stellenscharfe Übersicht mit folgenden Aussagen zu erstellen und bis - ohne Datum, siehe einleitende Ausführungen des Bürgermeisters - dem Rat vorzulegen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Zahl, Stundenumfang und Vergütung der Aushilfskräfte 2) frühestmöglicher Zeitpunkt der Vertragsbeendigung 3) Vorschlag der Verwaltung zum Abbau der Kosten der Aushilfskräfte bei Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Verwaltung 4) Das Konzept soll darstellen, welche Aushilfskräfte dauerhaft notwendig sind oder ab wann deren Stellen wegfallen können. 	<p>Ich bitte dem Rat die stellenscharfe Übersicht mit den genannten Inhalten vorzulegen. Insbesondere sind die finanziellen Einsparungen zu benennen</p>	31.07.2010	<p>Die Verwaltung hat dem Rat eine entsprechende Übersicht aller befristet Beschäftigten vorgelegt, die ständig fortgeschrieben wird. Diese Übersicht ist auch der Kommunalaufsicht zur Verfügung gestellt worden.</p>
4	I-11	15	<p>Die Verwaltung hat mit der Personalvertretung der Stadt Stolberg umgehend Gespräche über die Arbeits- / Dienstzeitregelung bezüglich Fettdonnerstag, Rosenmontag und den Tag des Betriebsausflugs zu führen. Ziel ist eine Schließung des Rathauses (ganztags oder halbtags) an Fettdonnerstag, Rosenmontag und am Tag des Betriebsausflugs und die Pflicht für die Mitarbeiter (Ausnahme Feuerwehr etc.) Erholungsurlaub einzusetzen und / oder Überstunden abzubauen (ganztags oder alternativ halbtags).</p>	<p>Ich bitte dem Rat eine entsprechende Informationsvorlage über den Stand der Verhandlungen vorzulegen.</p>	30.09.2010	<p>Eine diesbezügliche Dienstvereinbarung zwischen Verwaltung und Personalrat ist zwischenzeitlich abgeschlossen worden.</p>

Lfd Nr.	Fachamt	HSK-Seite (Intranet)	Beschluss/ Hinweis Rat 18.05.10	Arbeitsaufträge	Termine	Erläuterung tatsächlicher Sachstand Feb 2011
5	I-10	17	Der Rat beauftragt die Verwaltung, die sich bietenden Alternativen im Bereich der öffentlichen Bekanntmachungen zu untersuchen und nach Vorliegen des Ergebnisses eine entsprechende Änderung der Hauptsatzung der Stadt Stolberg bis zum - ohne Datum, siehe einleitende Ausführungen des Bürgermeisters - zu veranlassen.	Mögliche Alternativen bitte ich sofort zu untersuchen und das Prüfergebnis mit ggf. einer Änderung der Hauptsatzung dem Rat vorzulegen.	30.09.2010	Seit dem 21.12.10 erfolgen die öffentlichen Bekanntmachungen der Stadt Stolberg im Amtsblatt der Stadt Stolberg.
6	I-10	18	Verstorbenen Rats- und Ausschussmitgliedern wird ab dem Jahr 2010 in einem jährlichen gemeinsamen Sammelnachruf mit den verstorbenen Bediensteten der Verwaltung gedacht.	Den Beschluss bitte ich umzusetzen	Sofort	Der Punkt ist, wie bereits mit Schreiben vom 24.08.10 mitgeteilt wurde, sofort umgesetzt worden.
7	I-10	19	Der Rat beauftragt die Verwaltung gemäß Ratsbeschluss zu verfahren und eine aktuelle Kostenermittlung durchzuführen und die hieraus gewonnenen Daten im Rahmen einer Analyse auszuwerten. Diese Auswertung soll ermöglichen, im Rahmen der internen Leistungsverrechnung kostendeckende Abläufe zu erreichen, die Kapazitäten der Druckerei optimal auszulasten und dem Rat eine Entscheidungsgrundlage für die Gewährung freiwilliger Leistungen zu bieten.	Entsprechend den dargelegten Zielen bitte ich dem Rat eine entsprechende Auswertung vorzulegen	30.09.2010	Die Daten zur Leistungsverrechnung müssen neu ermittelt werden und dies soll dann ab dem Frühjahr erfolgen.
8	II-22/34	22	Der Hebesatz der Grundsteuer A wird um 24 Punkte auf 272 Punkte angehoben. Die Hebesatzsatzung ist somit zum 01.01.2011 zu ändern.	Den Entwurf der Hebesatzsatzung 2011 bitte ich dem Rat vorzulegen.	30.11.2010	umgesetzt ,erledigt
9	II-22/34	23-24	Der Hebesatz der Grundsteuer B wird von 391 Punkten um 2 Punkte auf 393 Punkte angehoben. Die Hebesatzsatzung ist somit zum 01.01.2011 zu ändern.	Den Entwurf der Hebesatzsatzung 2011 bitte ich dem Rat vorzulegen.	30.11.2010	umgesetzt ,erledigt
10	II-22/34	25	Der Hebesatz der Gewerbesteuer wird von 420 Punkten um 0 Punkte auf 420 Punkte angehoben. Die Hebesatzsatzung ist somit zum 01.01.2011 zu ändern.	Den Entwurf der Hebesatzsatzung 2011 bitte ich dem Rat vorzulegen.	30.11.2010	umgesetzt ,erledigt

fd Nr.	Fachamt	HSK-Seite (Intranet)	Beschluss/ Hinweis Rat 18.05.10	Arbeitsaufträge	Termine	Erläuterung tatsächlicher Sachstand Feb 2011
11	II-22/34	26-27	<p>Der Rat beschließt gemäß den Empfehlungen der GPA eine Erhöhung der Steuersätze zur Bemessung der Hundesteuer zum 01.01.2011. Hiernach ist festzulegen:</p> <p>a) Für einen Hund eine jährliche Steuer i. H. v. 86,00 €, b) für zwei Hunde eine jährliche Steuer i. H. v. 105,00 € je Hund, c) für drei und mehr Hunde eine jährliche Steuer i. H. v. 123,00 € je Hund, d) für gefährliche Hunde eine jährliche Steuer i. H. v. 660,00 € je Hund. Die Hundesteuersatzung ist entsprechend zu ändern.</p>	<p>Den Entwurf der Hundesteuersatzung 2011 bitte ich dem Rat vorzulegen.</p>	30.11.2010	umgesetzt ,erledigt
12	II-20/21	28-30	<p>Die Anteile der Stadt Stolberg an der EWV werden nicht verkauft, da eingesparte Zinsen und durchschnittliche Nettodividende in etwa gleich hoch sind und die politische Einflussnahme auf den regionalen Energiemarkt verloren ginge.</p>	<p>Um Beachtung des Beschlusses wird gebeten</p>		Beschluss wurde zur Kenntnis genommen.

fd Nr.	Fachamt	HSK-Seite (Intranet)	Beschluss/ Hinweis Rat 18.05.10	Arbeitsaufträge	Termine	Erläuterung tatsächlicher Sachstand Feb 2011
13	II-43	31-32	<p>1) Für alle VHS-Kurse sind die jeweiligen Defizite zu ermitteln. Hierbei sind sämtliche Aufwendungen - inkl. der kalkulatorischen Kosten - und alle Erträge zu berücksichtigen. Die Darstellung hat differenziert nach Kursen zu erfolgen. Weiterhin ist eine Unterscheidung nach Kursangeboten mit und ohne Landesförderung vorzunehmen. Die Darstellung der Defizite ist für das abgelaufene Jahr 2009 bis - ohne Datum, siehe einleitende Ausführungen des Bürgermeisters - vorzulegen.</p> <p>2) Der Rat beschließt, ihm bis - ohne Datum, siehe einleitende Ausführungen des Bürgermeisters - die finanziellen Auswirkungen mitzuteilen, die eine Reduzierung des VHS-Angebotes auf das gesetzliche Mindestmaß hätte.</p> <p>3) Der Rat beschließt, ihm bis - ohne Datum, siehe einleitende Ausführungen des Bürgermeisters - mitzuteilen, wie hoch die kostendeckenden Gebühren für die nicht geförderten Kurse sein würden. Auf dieser Grundlage hätte der Rat über eine Anpassung der Gebühren zu beschließen.</p> <p>4) Der Rat beauftragt die Verwaltung, die rechtlichen und organisatorischen Möglichkeiten einer Fusion der VHS der Städte Eschweiler und Stolberg sowie ggf. mit weiteren Volkshochschulen und Kommunen in der StädteRegion Aachen aufzuzeigen und das damit verbundene mögliche Einsparpotential zu benennen. Ein entsprechender Bericht ist dem Rat bis zum - ohne Datum, siehe einleitende Ausführungen des Bürgermeisters - vorzulegen.</p>	<p>Die jeweiligen Defizite, die Höhe der kostendeckenden Gebühren für nicht geförderte Kurse sowie die Fusionsmöglichkeiten bitte ich umgehend zu ermitteln bzw. zu untersuchen. Nach Möglichkeit bitte ich das Gesamtergebnis dem Rat bis spätestens 30.09.10 vorzulegen. Sollten bis dahin noch keine endgültigen Ergebnisse vorliegen, ist dem Rat ein Zwischenbericht über den aktuellen Sachstand zu unterbreiten.</p>	30.09.2010	<p>In der Sitzung vom 07.12.2010 haben sich zu den schon bearbeiteten Arbeitsaufträgen Fragen einzelner Mitglieder des HA ergeben, die in einer separaten Vorlage behandelt werden. Die Vorlage wird zur Zeit erarbeitet.</p>

fd nr.	Fachamt	HSK-Seite (Intranet)	Beschluss/ Hinweis Rat 18.05.10	Arbeitsaufträge	Termine	Erläuterung tatsächlicher Sachstand Feb 2011
14	FB 1-61	33-34b	<p>Für den Bereich Donnerberg wird die Verwaltung beauftragt, ein Entwicklungskonzept zu erstellen mit der Zielsetzung, einer geordneten baulichen Entwicklung und Flächenverwertung. Dieses Konzept soll insbesondere auch die verkehrliche Belange, die Grünflächenplanung und die Sicherung des Spielbetriebes der Vereine umfassen.</p> <p>Einbezogen werden soll folgender Bereich: c) Stadtrand siedlung,</p> <p>Die Planungsrealisierung setzt voraus, dass insbesondere im Bereich der Stadtrand siedlung die Grundstücke erworben werden können bzw. Vereinbarungen mit den Eigentümern getroffen werden, die den Ersatz der städt. Kosten sowie die sozialen und ökologischen Ziele (§ 1 BauGB) sicherstellen.</p>	<p><i>Ich bitte dem Rat einen Sachstandsbericht über die Konzeptentwicklung vorzulegen. Einen zeitlichen Umsetzungsplan bitte ich ebenfalls zu unterbreiten.</i></p>	30.09.2010	<p>Seite 33-34a des HSK 2010-2014; hier: Bebauung am Tulpenweg Aufstellungsbeschluss zur Änderung des BPlanes Nr. 82/2 "Tulpenweg" am 18.01.2011 im Rat der Stadt Stolberg. Derzeit werden die Planunterlagen zur Offenlage erstellt.</p> <p>Seite 33-34b des HSK 2010-2014; hier: Bebauung am Narzissenweg Bebauung ist aufgrund der Lage ("Grünzüge") nicht möglich.</p>
15	II-23	35-35 a	<p>Die Verwaltung wird mit der Veräußerung der Grundstücke beauftragt. Bei Vorliegen konkreter Kaufangebote ist dem Hauptausschuss eine entsprechende Beschlussvorlage zu unterbreiten.</p>	<p><i>Die Voraussetzungen zur Bebaubarkeit des/der Grundstücks/e sind unverzüglich zu schaffen. Über Kaufangebote ist dem HA eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten</i></p>	unterjährig bei Bedarf	<p>Die Details der Bebaubarkeit des Grundstückes werden zur Zeit unter Beteiligung der Fachämter im Hause geprüft. Wegen unerwartet hoher Kosten der Versetzung der Trafostation und der Notwendigkeit bergbaulicher Begutachtung konnte die Einnahme bisher noch nicht realisiert werden. Die Teilungsvermessung wird im Rahmen der Arbeitsaufträge an A 62 durchgeführt.</p>

fd nr.	Fachamt	HSK-Seite (Intranet)	Beschluss/ Hinweis Rat 18.05.10	Arbeitsaufträge	Termine	Erläuterung tatsächlicher Sachstand Feb 2011
16	FB 1-61	37-38a	<p>Für den Bereich Donnerberg wird die Verwaltung beauftragt, ein Entwicklungskonzept zu erstellen mit der Zielsetzung, einer geordneten baulichen Entwicklung und Flächenverwertung. Dieses Konzept soll insbesondere auch die verkehrlichen Belange, die Grünflächenplanung und die Sicherung des Spielbetriebes der Vereine umfassen.</p> <p>Einbezogen werden soll folgender Bereich: c) Stadtrand siedlung, Die Planungsrealisierung setzt voraus, dass insbesondere im Bereich der Stadtrand siedlung die Grundstücke erworben werden können bzw. Vereinbarungen mit den Eigentümern getroffen werden, die den Ersatz der städt. Kosten sowie die sozialen und ökologischen Ziele (§ 1 BauGB) sicherstellen.</p>	<p><i>Ich bitte dem Rat einen Sachstandsbericht über die Konzeptentwicklung vorzulegen. Einen zeitlichen Umsetzungsplan bitte ich ebenfalls zu unterbreiten.</i></p>	30.09.2010	<p>Seite 36-36a des HSK 2010-2014; hier: Bebauung am Nelkenweg/Heidestr. Bebauung ist aufgrund der Lage ("Grünzüge") nicht möglich.</p> <p>Seite 37-38a des HSK 2010-2014; hier: Bebauung an der Michaelstraße Bebauung ist aufgrund der Lage ("Grünzüge") nicht möglich.</p>
17	FB 1-61	39-39a	<p>Für den Bereich Donnerberg wird die Verwaltung beauftragt, ein Entwicklungskonzept zu erstellen mit der Zielsetzung, einer geordneten baulichen Entwicklung und Flächenverwertung. Dieses Konzept soll insbesondere auch die verkehrlichen Belange, die Grünflächenplanung und die Sicherung des Spielbetriebes der Vereine umfassen.</p> <p>Einbezogen werden soll folgender Bereich: c) Stadtrand siedlung, Die Planungsrealisierung setzt voraus, dass insbesondere im Bereich der Stadtrand siedlung die Grundstücke erworben werden können bzw. Vereinbarungen mit den Eigentümern getroffen werden, die den Ersatz der städt. Kosten sowie die sozialen und ökologischen Ziele (§ 1 BauGB) sicherstellen.</p>	<p><i>Ich bitte dem Rat einen Sachstandsbericht über die Konzeptentwicklung vorzulegen. Einen zeitlichen Umsetzungsplan bitte ich ebenfalls zu unterbreiten.</i></p>	30.09.2010	<p>Seite 39-39a des HSK 2010-2014; hier: Bebauung an der Höhenstraße 4-34 Bebauung ist aufgrund der Lage ("Grünzüge") nicht möglich.</p>

Lfd Nr.	Fachamt	HSK-Seite (Intranet)	Beschluss/ Hinweis Rat 18.05.10	Arbeitsaufträge	Termine	Erläuterung tatsächlicher Sachstand Feb 2011
18	FB 1-61	41-41a	Für den Bereich der städt. Fläche Walther-Doppelmann-Straße wird der Bebauungsplan Nr. 31 geändert mit dem Ziel, die Festsetzung „Sonderbaufläche WAV“ aufzuheben und durch Änderung eine Bebauung des Grundstückes mit Wohngebäuden sicherzustellen.	<p>Die Änderung des B-Planes bitte ich umgehend anzulassen. Dem Rat ist ein Sachstandsbericht über den aktuellen Verfahrensstand vorzulegen. Ein nachvollziehbarer Zeitplan hinsichtlich der Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen zur Nutzungsänderung bitte ich dem Rat ebenfalls zu unterbreiten.</p>	30.09.2010	<p>Seite 41-41a des HSK 2010-2014; hier: Bebauung an der Walther-Doppelmann-Str. Aufstellungsbeschluss zur Änderung des B-Planes Nr. 31 "Goethe-Gymnasium" wurde im ASVU am 13.01.2011 zurückgestellt, um die Ergebnisse des Schulentwicklungsplanes abzuwarten.</p>

Lfd Nr.	Fachamt	HSK-Seite (Intranet)	Beschluss/ Hinweis Rat 18.05.10	Arbeitsaufträge	Termine	Erläuterung tatsächlicher Sachstand Feb 2011
19	FB 1-61	43-43a	<p>1) Das Planungsamt wird beauftragt, eine Vorlage für einen Aufstellungsbeschluss für die Fläche "Spielplatz Bergstraße" kurzfristig vorzulegen.</p> <p>2) Die Verwaltung legt einen Kosten-, Erlös- und Zeitplan vor.</p>	<p>Die Änderung des B-Planes bitte ich umgehend anzulassen. Dem Rat ist ein Sachstandsbericht über den aktuellen Verfahrensstand vorzulegen. Ein nachvollziehbarer Zeitplan hinsichtlich der Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen zur Nutzungsänderung bitte ich dem Rat ebenfalls zu unterbreiten.</p>	30.09.2010	<p>Seite 43-43a des HSK 2010-2014; hier: Bebauung an der Bergstraße</p> <p>Die Bebauung wird an dieser Stelle für städtebaulich ungeeignet angesehen; es sind hier mit erheblichen Schwierigkeiten innerhalb des erforderlichen Bauleitplanverfahrens zu rechnen, die eine Realisierungsfähigkeit der Planung in Frage stellen.</p>
20	II-23	44-44c	<p>Die Verwaltung wird mit der Veräußerung der Grundstücke "Geranienweg" beauftragt.</p> <p>Beim Vorliegen konkreter Kaufangebote ist dem Hauptausschuss eine entsprechende Beschlussvorlage zu unterbreiten.</p>	<p>Mit einer Vermarktung der Grundstücke ist unverzüglich zu beginnen. Über Kaufangebote ist dem HA eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten</p>	unterjährig bei Bedarf	<p>Mit der Vermarktung der Grundstücke wurde unverzüglich begonnen. Inzwischen liegen für 3 Grundstücke konkrete Angebote mit einem Gesamtvolumen von ca. 250.000 € vor; zu zwei dieser Angebote liegen bereits HA-Beschlüsse vor - die Kaufverträge stehen vor dem Abschluss. Für das weitere Angebot ist für den HA 15.02.2011 eine Vorlage erstellt.</p>

Lfd. Nr.	Fachamt	HSK-Seite (Intranet)	Beschluss/ Hinweis Rat 18.05.10	Arbeitsaufträge	Termine	Erläuterung tatsächlicher Sachstand Feb 2011
21	II-23	48	<p>Die Verwaltung wird beauftragt, mit den privaten Eigentümern der Flächen zwischen Lindberghstraße, Franzosenkreuz und Gressenicher Straße sowie Auenweg über den Ankauf zu angemessenen Konditionen zu verhandeln.</p> <p>2) Die Flächenankäufe von privaten Grundstückseigentümern sollten möglichst mit langfristigen Zahlungszielen vereinbart werden, so dass die Zwischenfinanzierungskosten bis zur Verwertung der Grundstücke nicht anfallen.</p> <p>3) Die Verwaltung kann darüber hinaus entbehrliche landwirtschaftliche Grundstücke als Tauschland verwenden.</p> <p>Ein Aufstellungsbeschluss kann anschließend nur für solche Flächen in Frage kommen, die in städt. Eigentum stehen bzw. zu angemessenen Konditionen von Privaten erworben werden können, um so eine kostenneutrale Realisierung des Baulandes für die Stadt sicherzustellen.</p>	<p>Ich bitte, mit den Eigentümern umgehend Kaufverhandlungen aufzunehmen. Dem Rat ist in turnusmäßigen Abständen von 3 Monaten ein jeweils aktueller Sachstandsbericht vorzulegen. Einen zeitlichen Umsetzungsplan bitte ich ebenfalls zu unterbreiten</p>	<p>erstmalig 30.09.2010 und unterjährig</p>	<p>Erste Gespräche mit Eigentümern wurden in der Vergangenheit bereits geführt, leider jedoch überwiegend mit negativem Ausgang. Sie werden fortgeführt.</p>

.fd Nr.	Fachamt	HSK-Seite (Intranet)	Beschluss/ Hinweis Rat 18.05.10	Arbeitsaufträge	Termine	Erläuterung tatsächlicher Sachstand Feb 2011
22	FB 1-61	49	<p>Für den Bereich Donnerberg wird die Verwaltung beauftragt, ein Entwicklungskonzept zu erstellen mit der Zielsetzung, einer geordneten baulichen Entwicklung und Flächenverwertung. Dieses Konzept soll insbesondere auch die verkehrliche Belange, die Grünflächenplanung und die Sicherung des Spielbetriebes der Vereine umfassen.</p> <p>Einbezogen werden soll folgender Bereich: c) Stadtrandsiedlung,</p> <p>Die Planungsrealisierung setzt voraus, dass insbesondere im Bereich der Stadtrandsiedlung die Grundstücke erworben werden können bzw. Vereinbarungen mit den Eigentümern getroffen werden, die den Ersatz der städt. Kosten sowie die sozialen und ökologischen Ziele (§ 1 BauGB) sicherstellen.</p>	<p><i>Ich bitte dem Rat einen Sachstandsbericht über die Konzeptentwicklung vorzulegen. Einen zeitlichen Umsetzungsplan bitte ich ebenfalls zu unterbreiten.</i></p>	30.09.2010	<p>Seite 39 des HSK 2010-2014; hier: "Stadtrandsiedlung" Es wird derzeit überprüft, inwieweit bereits im Vorfeld der Planung ein erneutes Lärmschutzgutachten mit dezidierten Aussagen zu der Bebaubarkeit der Flächen im Bereich der Sportplatzanlagen erforderlich ist.</p>

Lfd. Nr.	Fachamt	HSK-Seite (Intranet)	Beschluss/ Hinweis Rat 18.05.10	Arbeitsaufträge	Termine	Erläuterung tatsächlicher Sachstand Feb 2011
23	II-23	Neu	1) Die Verwaltung wird beauftragt, mit den privaten Eigentümern der landwirtschaftlichen Flächen zwischen der Straße Am Lindchen und verlängerte Höhenstraße über den Ankauf zu angemessenen Konditionen zu verhandeln.	Ich bitte, mit den Eigentümern umgehend Kaufverhandlungen aufzunehmen. Dem Rat ist in turnusmäßigen Abständen von 3 Monaten ein jeweils aktueller Sachstandsbericht vorzulegen. Einen zeitlichen Umsetzungsplan bitte ich ebenfalls zu unterbreiten	erstmalig 30.09.2010 und unterjährig	Eine Entwicklung des Bereiches unter Einbeziehung der Privatgrundstücke ist im freihändigen Erwerb nicht zu erreichen. Eine separate Betrachtung des städtischen Grundstückes erscheint von der Lage und Entwicklungsmöglichkeit planungsrechtlich nicht machbar.
24	II-82	50-52	Der Rat beschließt den städtischen Wald nicht zu veräußern. Die Verwaltung hat jedoch bis zum 31.03. jeden Jahres den Hauptausschuss als Finanzausschuss eine Vorlage mit einer Darstellung aller Kosten (incl. der kalkulatorischen Zinsen) und Leistungen (incl. der erwirtschafteten Ökopunkte) vorzulegen. Kosten und Leistungen sind für den Forstwirtschaftsbetrieb und für die Erholungsfunktion getrennt darzustellen.	Ich bitte um Erstellung eines jährlichen betriebswirtschaftlichen Auswertungsberichts	spätestens 28.02.2011	Der jährliche Auswertungsbericht wird rechtzeitig in Vorlage gebracht.

_fd Nr.	Fachamt	HSK-Seite (Intranet)	Beschluss/ Hinweis Rat 18.05.10	Arbeitsaufträge	Termine	Erläuterung tatsächlicher Sachstand Feb 2011
25	II-23	53	Der Rat beschließt, die Immobilie „Prämienstraße 84“ als Asylantenheim zu entwidmen und beauftragt die Verwaltung, vor dem Hintergrund der größtmöglichen Wirtschaftlichkeit den umgehenden Verkauf bzw. die Vermietung des Gebäudes zu prüfen.	Ich bitte, die <i>Entwidmung der Immobilie</i> sofort anzulassen. Das <i>Prüfergebnis, ob Verkauf oder Vermietung wirtschaftlich günstiger ist, bitte ich dem Rat in einer Vorlage zu unterbreiten.</i>	30.09.2010	Die <i>Entwidmung der Immobilie</i> ist erfolgt. Entsprechend der <i>Beschlussfassung des Hauptausschusses vom 13.07.2010</i> wurde das Objekt als <i>wirtschaftlichste Verwendung ab 01.08.2010</i> auf unbestimmte Zeit an den <i>SKF Stolberg</i> und das <i>Haus St. Josef Eschweiler</i> unter <i>Verrechnung der Investitionskosten des Mieters</i> als <i>Notschlafstelle</i> vermietet.

fd Nr.	Fachamt	HSK-Seite (Intranet)	Beschluss/ Hinweis Rat 18.05.10	Arbeitsaufträge	Termine	Erläuterung tatsächlicher Sachstand Feb 2011
26	II-23	54-54a	Der Rat beauftragt die Verwaltung - unter Berücksichtigung der im Sachverhalt dargestellten Bedingungen einschließlich der geforderten Ausweisung einer Zweckbindung zur Errichtung der Pflegestation - den Verkauf der Nachbargrundstücke des Seniorenzentrums zu betreiben.	<i>Ich bitte, dem Rat einen aktuellen Sachstandsbericht zu unterbreiten. In dieser Vorlage sollte auch der Stand der Verhandlungen mit der LEG über einen Verkauf des Seniorenzentrums an einen Interessenten dargelegt werden</i>	30.09.2010	Der Verkauf der städtischen Grundstücke kann nach Änderung des Bebauungsplanes erfolgen. Die Federführung liegt nicht bei A 23, das jedoch nach Erfüllung der weiteren Voraussetzungen in den Verhandlungen mit einem Investor unterstützend tätig werden wird. Die Investorensuche gestaltet sich schwierig. Der Bürgermeister hat einvernehmlich mit der LEG festgelegt, dass diese direkt die Investorensuche betreibt. Hiervon hängt auch die Vermarktung der städtischen Grundstücke ab.
27	II-23	56	Die Verwaltung wird beauftragt, rechtzeitig über eine Neuverpachtung zu verhandeln und dem Hauptausschuss einen Vergleich der Wirtschaftlichkeit bei Vermietung und Verkauf vorlegen. Eine Einschätzung über die langfristigen Entwicklungsmöglichkeiten als Gewerbegebiet ist ebenfalls vorzulegen.	<i>Den Vergleich der Wirtschaftlichkeit bei Vermietung und Verkauf, sowie die Einschätzung über die Entwicklungsmöglichkeit als Gewerbegebiet bitte ich dem Rat vorzulegen.</i>	30.09.2010	Zur Vorbereitung der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung und der dann zu führenden Verhandlungen über eine Neuverpachtung wurde ein Wertgutachten beim Gutachterausschuss der StädteRegion Aachen in Auftrag gegeben, dass bisher noch nicht vorliegt.

_fd Nr.	Fachamt	HSK-Seite (Intranet)	Beschluss/ Hinweis Rat 18.05.10	Arbeitsaufträge	Termine	Erläuterung tatsächlicher Sachstand Feb 2011
28	FB II - 65 63.14	57	<p>Die Verwaltung wird beauftragt, bis - ohne Datum, siehe einleitende Ausführungen des Bürgermeisters - Folgendes vorzulegen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Darstellung denkbarer Flächen für Photovoltaikanlagen und mögliche andere regenerative Energien (Lage, Quadratmeter usw.) 2) Grobeinschätzung für die Eignung einzelner Flächen 3) Eine Wirtschaftlichkeitsrechnung für die Flächen bzw. Flächengruppen wird erstellt (Anfangsinvestition, Unterhaltung / Instandsetzung, Erlös p. a., Lebensdauer, Amortisationszeit etc.) 4) Vergleich der Wirtschaftlichkeit und sonstiger Vor- und Nachteile bei einer Investition durch die Stadt oder durch Flächenvermietung gegen Entgelt. Etwaige finanzielle Risiken (z. B. Nachhaltigkeit der Förderung etc.) sind aufzuführen und entsprechend zu berücksichtigen. 5) Bei städtischen Neubauten sollten von Anfang an entsprechende Anlagen und Warmwasserkollektoren eingeplant werden, verbunden mit einer entsprechenden vorherigen Wirtschaftlichkeitsrechnung. <p>In jedem Fall sind zusätzliche Aufwendungen / finanzielle Risiken für die Stadt Stolberg zu vermeiden. Dies ist insbesondere bei etwaigen vertraglichen Gestaltungen mit Dritten zu berücksichtigen.</p>	<p><i>Ich bitte dem Rat einen Bericht, in dem die genannten Kriterien aufgegriffen werden, vorzulegen.</i></p>	30.09.2010	<p>Sh.Vorlage Ha / Rat 31.8.2010 TOP B7/B2. Denkbare Flächen wurden durch A65 erfasst und gelistet. A23 hat das Angebot ins Internet eingestellt.</p>

_fd Nr.	Fachamt	HSK-Seite (Intranet)	Beschluss/ Hinweis Rat 18.05.10	Arbeitsaufträge	Termine	Erläuterung tatsächlicher Sachstand Feb 2011
29	FB 3-40	59	Durch Vereinsfusion freierwende Fußballplatzflächen werden in einen Grundstücks-Pool zusammengeführt, um dann durch eine Baulanderschließung Einnahmen zu generieren. Der Rat wird aus diesen Einnahmen (Grundstücksverkäufe) dann im Einzelfall über Zuschüsse für neue Sportanlagen für Fußballvereine entscheiden.	Die Sportvereine sind hinsichtlich einer Fusionierung Basis auf freiwilliger Basis zu sensibilisieren. Der Verwaltungsvorschlag sollte, unter Beteiligung von Vertretern der im Stadtgebiet ansässigen Sportvereine, nochmals diskutiert und das Ergebnis in einer Vorlage dem Rat unterbreitet werden	30.09.2010	Zwischenzeitlich haben 6 Fußballvereine fusioniert, und zwar zu 3 neuen Fußballvereinen. Dies ist allerdings auf Eigeninitiative der betroffenen Vereine geschehen. Diese Verfahrensweise soll nach der politischen Meinungsbildung weiter praktiziert werden. Die Vermarktung der Grundstücke, bzw. Prüfung, ob eine Vermarktung möglich ist, obliegt den Ämtern FB I/61 und II/23.

Lfd Nr.	Fachamt	HSK-Seite (Intranet)	Beschluss/ Hinweis Rat 18.05.10	Arbeitsaufträge	Termine	Erläuterung tatsächlicher Sachstand Feb 2011
30	FB 3-40 I, II, FB 1, FB 2, FB 3	62-63	<p>1) Der Rat beschließt den Austritt aus dem ZAR e. V. zum Ende des Jahres 2010.</p> <p>2) Der Rat beauftragt die Verwaltung bis - ohne Datum, siehe einleitende Ausführungen des Bürgermeisters - bestehende freiwillige Vereinsmitgliedschaften zu benennen, sowie Vor- und Nachteile einer Mitgliedschaft aufzuzeigen. Jeweilige Beendigungsmöglichkeiten und das damit verbundene Konsolidierungspotential sind ebenfalls zu ermitteln. Dem Rat ist eine entsprechende Beschlussvorlage zu unterbreiten.</p>	<p><i>Die Mitgliedschaft im ZAR e.V. ist unter Beachtung der Kündigungsfrist zum 31.12.2010 zu kündigen.</i></p> <p><i>Hinsichtlich des zweiten Beschlusses bitte ich dem Rat entsprechende Beschlussvorlagen zu unterbreiten.</i></p>	30.09.2010	<p>Siehe hierzu gesonderte Vorlage für die Sitzung des Hauptausschusses und Rates am 15.03.2011.</p>

Lfd Nr.	Fachamt	HSK-Seite (Intranet)	Beschluss/ Hinweis Rat 18.05.10	Arbeitsaufträge	Termine	Erläuterung tatsächlicher Sachstand Feb 2011
31	Fb 1-80	65-66	Die Mitgliedschaft mit der Gesellschaft für Stadtmarketing wird beibehalten. Der jährliche Mitgliedsbeitrag beträgt maximal 300,- €. Darüber hinaus wird der Mietzuschuss unverändert in Höhe von 3.958,00 € gewährt. Voraussetzung hierfür ist jedoch, dass die Gesellschaft für Stadtmarketing ab dem Jahr 2010 jeweils zum 31.12. eines Jahres einen Verwendungsnachweis über die für die Stadt Stolberg erbrachten Leistungen vorlegt.	<i>Entsprechend den vertraglichen Regelungen ist der Mitgliedsbeitrag zum nächstmöglichen Zeitpunkt auf 300 € jährlich zu reduzieren. Die SMS ist aufzufordern, ab 2010 jeweils zum 31.12 eines jeden Jahres einen entsprechenden Verwendungsnachweis vorzulegen. Dieser ist dem Rat zur Kenntnis zu bringen.</i>	Sofort	wurde zwischenzeitlich umgesetzt
32	Fb 1-80	67-68	Der Rat beauftragt die Verwaltung, unverzüglich mit benachbarten Kommunen, insbesondere mit der Stadt Eschweiler, Gespräche über eine Fusion der Stadtbüchereien zu führen. Alle relevanten Gesichtspunkte (insbesondere Kostenverteilung, Öffnungszeiten, zeitlicher und rechtlicher Rahmen) einer möglichen Zusammenlegung sind hierbei zu thematisieren. Dem Rat ist bis spätestens - ohne Datum, siehe einleitende Ausführungen des Bürgermeisters - ein Konzept vorzulegen.	<i>Ich bitte, dem Rat einen Sachstandsbericht über die Konzeptentwicklung Einem zeitlichen Umsetzungsplan bitte ich ebenfalls zu unterbreiten.</i>	30.09.2010	Wird gem. Vorlage nicht umgesetzt.

Lfd Nr.	Fachamt	HSK-Seite (Intranet)	Beschluss/ Hinweis Rat 18.05.10	Arbeitsaufträge	Termine	Erläuterung tatsächlicher Sachstand Feb 2011
33	Fb 1-80	71	<p>Der Rat beauftragt die Verwaltung, zu den städtischen Veranstaltungen zu Buchstabe A) bis E) (Seite 71 bis 76 des HSK) unter Einbeziehung der vom städtischen „Kulturmanager“ organisierten Veranstaltungen bis zum - ohne Datum, siehe einleitende Ausführungen des Bürgermeisters - ein Veranstaltungskonzept zu erarbeiten und dem Rat vorzulegen. In diesem Kontext zeigt sich der Rat für mögliche Privatisierungen sowie die Zusammenlegung von Veranstaltungen offen. Ziel ist eine spürbare Reduzierung der Kosten unter Beibehaltung der positiven Effekte, welche durch die diversen Veranstaltungen bisher für die Stadt erzielt wurden.</p>	<p><i>Ich bitte, dem Rat einen Sachstandsbericht über die Konzeptentwicklung vorzulegen. Einen zeitlichen Umsetzungsplan bitte ich ebenfalls zu unterbreiten.</i></p>	30.09.2010	wurde zwischenzeitlich umgesetzt
34	Fb 2-66	78	<p>Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Flächenverhältnisse hinsichtlich der Niederschlagswassergebührenberechnung neu zu ermitteln. Zum Verfahren und zu finanziellen Auswirkungen ist dem Rat bis spätestens - ohne Datum, siehe einleitende Ausführungen des Bürgermeisters - ein entsprechendes Konzept vorzulegen. Evtl. zusätzliche personelle und finanzielle Auswirkungen sind aufzuzeigen.</p>	<p><i>Ich bitte, dem Rat das Konzept mit den genannten Inhalten vorzulegen.</i></p>	30.09.2010	<p>Die Beschlussfassung zur Auftragsvergabe der Flächenermittlung wurde durch den BVA am 16.02.2011 gefasst. Die Umsetzung wird bis Ende des Jahres erwartet.</p>

_fd Nr.	Fachamt	HSK-Seite (Intranet)	Beschluss/ Hinweis Rat 18.05.10	Arbeitsaufträge	Termine	Erläuterung tatsächlicher Sachstand Feb 2011
35	Fb 2-66	80-82	<p>1) Der Rat beschließt die Benutzungsgebühren vorbehaltlich des Prüfergebnisses im Hinblick auf die Auswirkung der kalkulatorischen Kosten auf die Trauerhallen sowie die Beteiligung des Behindertenbeirates hinsichtlich der Schaffung eines barrierefreien Zuganges zum Friedhof Bergstraße (nachrichtlich: Der Behindertenbeirat beschäftigt sich mit der Thematik in seiner Sitzung am 10.06.2010) für die städtischen Friedhöfe frühestens ab 01.08.2010 unter Beibehaltung des Grünflächenanteils von 24% entsprechend einem Kostendeckungsgrad von 92,4 % anzuheben.</p>	<p>Das Prüfergebnis liegt vor. Es haben sich keine relevanten Auswirkungen auf die Höhe der Benutzungsgebühren ergeben. Die Friedhofgebührensatzung ist entsprechend zu überarbeiten, so dass diese mit den neuen Gebührensätzen zum 01.08.2010 in Kraft tritt. Unabhängig hiervon wird gebeten, die Höhe des Grünflächenanteils neu zu ermitteln u. ein entsprechendes Ergebnis mit den rechtlichen und finanziellen Auswirkungen dem VV vorzulegen.</p>	sofort	<p>Zur Gesamtthematik sh. hierzu Vorlagen für Sitzungen HA/RAT 17/18.05.2010 und 15.06./13.07.2010 Die Höhe des Grünflächenanteils wird zurzeit noch neu ermittelt. Ein entsprechendes Ergebnis mit den rechtlichen und finanziellen Auswirkungen wird zu gegebener Zeit vorgelegt.</p>
36	Fb 2-66	83	<p>Der Rat beauftragt die Verwaltung bis - ohne Datum, siehe einleitende Ausführungen des Bürgermeisters - eine entsprechende Analyse einschließlich der Darlegung finanzieller Auswirkungen und Vorschläge zur weiteren Vorgehensweise zu erarbeiten. Es ist eine entsprechende Vorlage zu fertigen.</p>	<p>Ich bitte, die Vorlage mit dem Ergebnis der Analyse zu fertigen und dem Rat vorzulegen.</p>	30.09.2010	<p>Aufgrund des bei der Stadt verbleibenden Eigenanteils von 10 % ist angesichts der Finanzlage der Stadt eine Beteiligung an der Breitbandversorgung nicht zulässig.</p>

Lfd. Nr.	Fachamt	HSK-Seite (Intranet)	Beschluss/ Hinweis Rat 18.05.10	Arbeitsaufträge	Termine	Erläuterung tatsächlicher Sachstand Feb 2011
37	Fb 3-40	95-97	Der Hauptausschuss beauftragt die Verwaltung, eine Auswertung mit folgendem Inhalt vorzulegen: - Nutzung des Bades - Einnahmen aus der Nutzung des Bades, abhängig von der Frequentierung des Bades	<i>Ich bitte, dem Rat eine aktualisierte Auswertung über die Nutzung des Bades und die sich daraus ergebenden Entgelte, abhängig von der Frequentierung des Bades, vorzulegen. Bisher liegen nur zahlen aus dem Jahr 2008 vor.</i>	31.07.2010	Siehe noch zu erstellende Vorlage für die nächste Sitzung des AsAKS.
38	Fb 3-51/50-64	98-111	Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat, die Zuschüsse der unter Buchstabe A. bis L. aufgeführten Träger entsprechend der empfehlenden Beschlussfassungen im JHA und AsAKS am 06. und 11.05.2010 bis zum Jahr 2014 auf dem jetzigen Niveau festzuschreiben.	<i>Ich bitte, den Beschluss zur Kenntnis zu nehmen. Inwieweit die Kommunalaufsicht diesen Beschluss mit trägt, bleibt abzuwarten.</i>		Beschluss wurde zur Kenntnis genommen.
39	I, II, FB 1, FB 2, FB 3	113	Der Rat beauftragt die Verwaltung bis zum - ohne Datum, siehe einleitende Ausführungen des Bürgermeisters- eine Auflistung der laufend bezogenen Printerzeugnisse und die damit verbundenen Kosten aufzuzeigen. Auf einen möglichen Verzicht, z. B. aufgrund konsequenter Nutzung anderer Quellen (z. B. Internet), ist einzugehen.	<i>Ich bitte dem Rat einen Bericht mit der Auflistung der laufend bezogenen Printerzeugnisse, den dadurch verursachten Kosten und den jeweiligen Alternativen vorzulegen.</i>	31.07.2010	siehe hierzu gesonderte Vorlage für die Sitzung des Hauptausschusses und Rates am 15.03.2011

LLfd Nr.	Fachamt	HSK-Seite (Intranet)	Beschluss/ Hinweis Rat 18.05.10	Arbeitsaufträge	Termine	Erläuterung tatsächlicher Sachstand Feb 2011
40	I, II, FB 1, FB 2, FB 3	114	Der Rat beauftragt die Verwaltung laufend über die Konzeptumsetzung zu berichten. Dies geschieht für den allgemeinen Haushalt durch die Kämmerer und ansonsten durch die jeweiligen Dezernenten und Fachbereichsleiter. Alle ggf. personellen und finanziellen Auswirkungen sind zu berücksichtigen	Ich bitte, dafür Sorge zu tragen, dass entsprechende Vorlagen einschl. Beschlussvor dem Rat unterbreitet werden. Terminsetzungen sind notwendig. Neben den Prüfungsergebnissen und Beschlussvorlagen sind auch die Beschlussumsetzungen zu dokumentieren und dem Rat vorzulegen	möglichst kurzfristig	Gesamtvorlage erfolgt durch Amt 20/21 für die Sitzung HA/Rat am 15.03.2011
41	II-20/21	115	Der Rat nimmt den vorstehenden Sachverhalt zur Kenntnis	Ich bitte, um Kenntnisnahme des Beschlusses		Beschluss wurde zur Kenntnis genommen.
42	II-20/21	116	Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat einstimmig, den o.a. Ausführungen und der darin vorgeschlagenen Vorgehensweise zuzustimmen	Ich bitte, die Liste der freiwilligen Leistungen mit der KA zu besprechen und darauf hinzuwirken, dass eine städtereignisübergreifende einheitliche Regelung hinsichtlich des Begriffs „freiwillige Leistungen“ getroffen wird. Dem Rat ist eine entsprechende Informationsvorlage zu unterbreiten.	Sofort	sh. hierzu Vorlage für Sitzung HA/RAT 17/18.05.2010; TOP A; 31.08.2010; TOP A14/A14 sowie gesonderte Vorlage Sitzung 15.03.2011

fd Nr.	Fachamt	HSK-Seite (Intranet)	Beschluss/ Hinweis Rat 18.05.10	Arbeitsaufträge	Termine	Erläuterung tatsächlicher Sachstand Feb 2011
43	FB 2-66	79	Dem Rat ist bis zum - ohne Datum, sieh einleitende Ausführungen des Bürgermeisters - eine entsprechende Beschlussvorlage zur Änderung der Gebührensatzung vorzulegen.	Den Entwurf der Straßenreinigungssatzung 2011 bitte ich dem Rat vorzulegen.	30.11.2010	Der Beschluss ist mit der neuen Gebührensatzung über Straßenreinigung/ Winterdienst - Ratsbeschluss am 07.12.2010, Veröffentlichung am 08.12.2010- umgesetzt.
4	FB 1-61	nicht im HSK enthalten	Zusatzmaßnahme "Regenrückhaltebecken BPlan Nr. 147 "Duffenterstraße" Durch die Änderung des Entwässerungskonzeptes des o.g. Bebauungsplanes kann die hierdurch frei werdenden Fläche des Regenrückhaltebeckens einer Wohnnutzung zugeführt werden.			Zusatzmaßnahme; hier: Bebauung des RRB Duffenter-, Ecke Josefst. Aufstellungsbeschluss zur Änderung des BPlanes Nr. 147 "Duffenterstraße" am 18.01.2011 im Rat der Stadt Stolberg. Derzeit werden die Planunterlagen zur Offenlage erstellt.